

9. Petition 13/5866 betr. Gesundheitswesen; Notfall-Plan für eine Vogelgrippepandemie

1. Gegenstand der Petition

Die Petition ist Teil einer Reihe von Petitionen zur Thematik des Impfens. In diesem Zusammenhang standen auch die Petitionen Nr. 12/8519, Nr. 13/73, Nr. 13/184. Inhalt dieser Petition ist die Beschwerde des Petenten gegen die Stadt und insbesondere gegen den Pandemiebeauftragten und Leiter des Gesundheitsamtes Dr. T. Sch. wegen einer „Handlung wider besseren Wissens zum vorsätzlichen Schaden der Bevölkerung mittels Förderung von unbegründeter Panik“ sowie „Anstiftung zur Einwilligung zu nicht gerechtfertigter gefährlicher Körperverletzung unter anderem in Zusammenhang mit der ohne rechtfertigende naturwissenschaftliche Beweise durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) propagierten Vogelgrippepanik“.

Der Petent führt weiterhin Beschwerde wegen der Beteiligung an der Vergeudung von 670.000 Euro öffentlicher Mittel aufgrund der Anschaffung von 7.200 Therapieeinheiten des antiviralen Arzneimittels „Tamiflu“ durch die Stadt S.

Der Petent begründet die Beschwerde mit den Veröffentlichungen zur Influenzapandemieplanung der Stadt S. im Amtsblatt Nr. 38 vom 22. September 2005 sowie auf ein Telefonat mit Herrn Dr. Sch. am 22. September 2005.

Im Amtsblatt werde auf die Notwendigkeit einer Grippeimpfung für die Bürger im Hinblick auf eine Pandemie hingewiesen. Des Weiteren beteilige sich die Stadt S. an der Verteilung antiviraler Medikamente durch Apotheken, die durch das Land Baden-Württemberg beschafft wurden.

Der Petent führt demgegenüber an, dass die Existenz von Vogelgrippeviren und Influenzaviren nicht naturwissenschaftlich bewiesen sei.

II. Sachliche und rechtliche Prüfung

II.1. Stellungnahme des Herrn Dr. Sch.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales hat eine Stellungnahme des Pandemiebeauftragten und Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt S., Herrn Dr. Sch., eingeholt.

In dieser Stellungnahme führt Herr Dr. Sch. an, dass er in der Petition offenbar willentlich falsch zitiert werde und Tatsachen behauptet werden, die er zu keinem Zeitpunkt geäußert habe. In einem Telefonat mit dem Petenten am 22. September 2005 habe er die Planungen der Stadt S. im Hinblick auf das Eintreten einer Influenzapandemie, nicht einer Vogelgrippepandemie, erläutert, die im Rahmen der nationalen Influenzapandemieplanung unternommen werden.

Der Petent sei ihm als stellvertretender Vorsitzender des Vereins für Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e. V. bekannt. Hierbei handele es sich um eine Vereinigung von Impfgegnern, die wissenschaftliche Erkenntnisse zu Krankheitserregern negieren.

Die Existenz von Bakterien und Viren werde abgestritten, da angeblich bisher keine diesbezüglichen naturwissenschaftlichen Beweise, insbesondere keine Fotografien von Krankheitserregern, existieren würden.

Herr Dr. Sch. verwahrt sich auf das Entschiedenste gegen die gegenüber seiner Person beleidigende Qualität der Petition, insbesondere gegen die Ausführungen auf Seite 14, in der er als Leiter des Gesundheitsamtes in die Tradition der Gesundheitsämter des Dritten Reiches gestellt werde. Die Stadt S. habe gegen diese beleidigende Äußerung Strafantrag gestellt.

II.2. Bewertung des Ministeriums für Arbeit und Soziales

Unter einer Influenzapandemie versteht man das weltweite Auftreten eines neuen Influenzavirus (Grippevirus), gegen den in der Bevölkerung noch keine Immunität besteht. Ein neuer Influenzapandemievirus kann durch Überspringen der Artenbarriere z. B. vom derzeit in Asien grassierenden Vogelgrippevirus auf den Menschen und dann weitere Mensch-zu-Mensch-Übertragung hervorgerufen werden.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat 1999 ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Pläne zur Vorbereitung auf das Eintreten einer Influenzapandemie zu erarbeiten. Durch Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) vom 21./22. Juni 2001 wurde das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung (BMGS) aufgefordert, in Abstimmung mit den Ländern einen nationalen Influenzapandemieplan für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der WHO-Empfehlung zu erarbeiten. Dieser wurde im Frühjahr 2005 veröffentlicht und befindet sich derzeit in Baden-Württemberg in der Umsetzung.

Die Maßnahmen der Stadt S. stellen die in eigener Verantwortung vorgenommenen Umsetzungsmaßnahmen dieses Plans auf kommunaler Ebene dar.

Dabei geht es um die Vorsorgemaßnahmen für eine Influenzapandemie und nicht gegen die vom Petenten angeführte Vogelgrippe, bei der es sich um eine Erkrankung des Tieres handelt.

Die Existenz des Influenzavirus und des Vogelgrippevirus als Krankheitserreger wird von allen internationalen und nationalen Gesundheitsbehörden wie zum Beispiel der Weltgesundheitsorganisation in Genf, dem Robert-Koch-Institut in Berlin und dem Paul-Löffler-Institut für Tiergesundheit auf der Insel Riems anerkannt und er wurde laborchemisch nachgewiesen. In den weiteren Ausführungen der Petition wird auch auf die Begriffsbestimmungen in § 2 IfSG Bezug genommen. Insbesondere in Bezug auf „Krankheitserreger“ nach § 2 Nr. 1 IfSG stellt der Petent die Rechtfertigungsgrundlagen für Impfempfehlungen bei durch Viren verursachten Krankheiten in Frage. Hierzu wird verwiesen auf die Petitionen 12/8519, 13/73 sowie 13/462, in denen jeweils ausführlich zu dieser Thematik Stellung genommen wurde.

Betont werden muss erneut, dass für den Nachweis des Zusammenhanges von Erreger und Erkrankung sowie

der Wirksamkeit von Schutzimpfungen keineswegs zwingend modernste wissenschaftliche Methoden erforderlich sind, sondern der Nachweis durchaus auch mit bereits seit langer Zeit bestehenden und gebräuchlichen Methoden erfolgen kann, die auch heute noch in der medizinischen Wissenschaft anerkannt sind.

Die Schutzimpfung gegen Influenza ist nach dem Stand der Wissenschaft die wirksamste Maßnahme zur Prävention der Erkrankung. Einen solchen Impfstoff gibt es derzeit nicht. Er kann erst nach Identifizierung des Virus im Pandemiefall produziert werden.

Im Rahmen der Influenzapandemieplanung sind Pflichtimpfungen der Bevölkerung bzw. eine Verordnung zur Einnahme antiviraler Arzneimittel nicht vorgesehen.

Antivirale Arzneimittel sind gemäß den Empfehlungen des nationalen Influenzapandemieplans in der ersten Phase einer Influenzapandemie von Bedeutung, bis ein Impfstoff zur Verfügung steht. Therapeutisch verordnet, verkürzen sie die Dauer der Erkrankung und vermindern Komplikationen.

Die Stadt S. beschafft in eigener Finanzverantwortung 7200 Therapieeinheiten des antiviralen Arzneimittels „Tamiflu“. Diese Beschaffung steht nicht in Zusammenhang mit der Bevorratung des Landes Baden-Württemberg.

Das antivirale Arzneimittel „Tamiflu“ der Fa. Hoffmann-La Roche ist vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte für den Einsatz zur Prophylaxe und zur Therapie der Influenza A und B zugelassen.

Insofern ist die Beschwerde über die Vergeudung öffentlicher Mittel durch die Stadt S. nicht gerechtfertigt.

III. Ergebnis

Die Influenzapandemieplanung der Stadt S. und des Pandemiebeauftragten Dr. Sch. stellt nach den o. g. Ausführungen keine Handlung wider besseren Wissens zum vorsätzlichen Schaden der Bevölkerung dar, sondern gründet sich auf die Empfehlungen des nationalen Influenzapandemieplans von Bund und Ländern.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.